



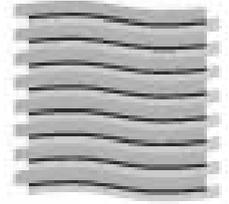
Bekanntmachung

**des Präsidenten
des Schleswig-Holsteinischen Landtages**

14. Ostseeparlamentarierkonferenz am 29. und 30. August 2005 in Vilnius

Die 14. Ostseeparlamentarierkonferenz hat am 29. und 30. August 2005 in Vilnius eine Resolution und eine neue Geschäftsordnung verabschiedet. Die als Anlage beigefügten Originaltexte gebe ich hiermit bekannt.

Martin Kayenburg



Nichtamtliche Übersetzung

Konferenz-Resolution **angenommen durch die 14. Ostseeparlamentarierkonferenz**

Die Teilnehmer der Konferenz, gewählte Repräsentanten aus den Ostseestaaten* und dem Europäischen Parlament, die sich am 29./30. August 2005 in Vilnius, Litauen versammelten, um Fragen der Demokratie, Stabilität, Formen der verstärkten Zusammenarbeit und Infrastruktur in der Ostseeregion zu erörtern –

überzeugt davon, dass

die parlamentarische Zusammenarbeit im Ostseeraum einen aktiven Beitrag zur Entwicklung der Region und benachbarter Gebiete leistet, indem sie demokratische Transparenz gewährleistet, politische Maßnahmen initiiert und vorantreibt, demokratische Institutionen in den beteiligten Staaten unterstützt und stärkt und den Dialog zwischen Parlamenten, Regierungen und der zivilen Gesellschaft fördert;

in Anbetracht

früherer Resolutionen der Ostseeparlamentarierkonferenz insbesondere zur verstärkten Zusammenarbeit in der Ostseeregion im Zusammenhang mit dem Ostseerat (CBSS) und anderen staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen,

der Nördlichen Dimension und der Europäischen Nachbarschaftspolitik der EU als Rahmen für Zusammenarbeit und Entwicklung,

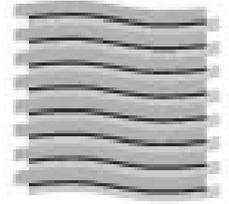
der Europäischen Nachbarschaftspolitik als einem geeigneten Instrument zur Fortsetzung der positiven Erfahrungen mit der Nördlichen Dimension;

unter Berücksichtigung

der Eutrophierung als einer ernststen Bedrohung für die Umwelt, die Fischerei, die Artenvielfalt und Erholungsmöglichkeiten an der Ostsee, was für die Ostseeanrainerstaaten von großer Bedeutung ist,

dass die hohe Priorität, die der Infrastruktur im Verkehrsbereich im Rahmen des Aktionsplans 2004 bis 2006 der Nördlichen Dimension eingeräumt wird, in der künftigen Entwicklung der Ostseeregion und in der Nördlichen Dimension beibehalten werden soll,

der Notwendigkeit der Weiterentwicklung einer integrierten Meerespolitik für die Ostseeregion und der aktiven Teilnahme am laufenden Prozess der Gestaltung einer integrierten und umfassenden Meerespolitik auf europäischer Ebene;



Nichtamtliche Übersetzung

fordern die Regierungen in der Ostseeregion, den Ostseerat und die EU auf,

der Zusammenarbeit in der Region und den benachbarten Ländern hohe Priorität einzuräumen,

auf der gegenseitigen Bindung an gemeinsame Werte auf dem Gebiet der Rechtsstaatlichkeit, der guten „Governance“, der Achtung der Menschenrechte und der Förderung gutnachbarschaftlicher Beziehungen aufzubauen,

die Entwicklung der Demokratie und einer zivilen Gesellschaft durch eine Stärkung der Rolle nicht-staatlicher Organisationen zu unterstützen,

den Dialog in der Ostseeregion mit benachbarten Ländern zur Förderung der Demokratie, Stabilität, Sicherheit, der zivilen Gesellschaft, den Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung und dem Wohlergehen aller Beteiligten zu verstärken,

die von der Helsinki-Kommission (HELCOM) festgelegten und eingesetzten Mechanismen für den Schutz der empfindlichen Meeresumwelt im Ostseeraum zu bewahren und zu stärken;

fordern die Regierungen in der Ostseeregion, den Ostseerat, die HELCOM und die EU auf,

die Weiterentwicklung einer gemeinsamen regionalen Infrastruktur – insbesondere Verkehrs- und Energienetze – zu unterstützen,

die Nördliche Dimension zur Förderung von Sicherheit und Stabilität in der Region weiter zu entwickeln,

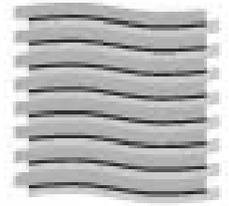
im Rahmen der Nördlichen Dimension, die sich bis zur Arktis und dem Nordwesten Russlands erstreckt, die speziellen Herausforderungen für die regionale Entwicklung, wie z.B. Verkehr, Energie, Grenzübergangseinrichtungen und Umweltprobleme, anzugehen,

die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) und die Finanzinstrumente der EU, wie z.B. das Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI), zu nutzen und das Ziel dieser Maßnahmen – die Vorteile der EU-Erweiterung mit den Nachbarländern zu teilen – zu unterstützen und damit Stabilität und Demokratie in der Region zu stärken,

sich an der Entwicklung einer integrierten Meerespolitik und der Umsetzung der Europäischen Meeresstrategie zum Schutz und zur Erhaltung der Meeresumwelt u. a. durch eine wirksame Anwendung der Wasserrahmenrichtlinie zu beteiligen,

sich unter Nutzung der bestehenden regionalen Zusammenarbeit im Rahmen der HELCOM für eine harmonisierte Umsetzung der Europäischen Meeresstrategie im gesamten Einzugsbereich der Ostsee einzusetzen,

sich für das Konzept nachhaltiger seegestützter Logistikketten in Europa einzusetzen,



Nichtamtliche Übersetzung

in ihrem Bemühen zum Schutz der Meeresumwelt der Ostsee nicht nachzulassen und ergänzende Schutzmaßnahmen auf allen Ebenen vordringlich voranzutreiben,

als Reaktion auf Umweltverschmutzungsvorfälle auf See durch Weiterentwicklung der subregionalen Dimension in der Planung der HELCOM-Reaktionskräfte und durch eine verstärkte Zusammenarbeit in der Frage der Notliegeplätze Ressourcen noch rationeller zu nutzen,

die Aktivitäten und Initiativen der Organisationen im Ostseeraum zur Erreichung des gemeinsamen Ziels der Stabilität und des Wohlergehens in der Region stärker zu koordinieren,

in Betracht zu ziehen, ob im Bereich der grenzüberschreitenden Umweltverschmutzung möglicherweise eine „Staatshaftung“ eingeführt werden sollte und ob das Verursacherprinzip nicht nur für Unternehmen und Einzelpersonen sondern auch für Staaten gelten sollte,

die Aktivitäten der Arbeitsgruppe Demokratische Institutionen des Ostseerats zu beleben,

die Bedingungen für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit u. a. durch weitere Bemühungen zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Kommunikation und eine Erleichterung der Formalitäten für grenzüberschreitende Reisen zu verbessern,

die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus in der Ostseeregion u. a. durch eine Verbesserung der einschlägigen Gesetzesvorschriften zu verstärken;

sind übereingekommen

konkrete Handlungsempfehlungen für den Bereich „Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur im Ostseeraum“ vorzubereiten,

die dieser Resolution als Anhang beigefügte, geänderte Geschäftsordnung der Ostseeparlamentarierkonferenz anzunehmen.

Weiterhin

begrüßen die Teilnehmer der Konferenz die freundliche Einladung des isländischen Parlaments Althingi, die 15. Ostseeparlamentarierkonferenz am 3.-5. September 2006 in Reykjavik abzuhalten und nehmen sie dankbar an.

* Baltische Versammlung, Dänemark, Deutschland, Estland, Europäisches Parlament, Finnland, Freie und Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Kaliningrad, Lettland, Litauen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordischer Rat, Norwegen, Polen, Russische Föderation, Schleswig-Holstein, St. Petersburg, Schweden, Åland



Ostseeparlamentarierkonferenz (B S P C)

Geschäftsordnung für die Parlamentarierkonferenz und den Ständigen Ausschuss

(bestätigt von der 8. Parlamentarierkonferenz am 8. September 1999 in Mariehamn,
geändert durch die 11. Konferenz am 1. Oktober 2002 in St. Petersburg
sowie die 14. Parlamentarierkonferenz am 30. August 2005,
gültig nach Beendigung der 14. Konferenz)

Präambel

Ziele der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)

Zu den Zielen der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) zählen:

- 1.) die Initiierung und Begleitung politischer Maßnahmen in der Region,
- 2.) die Unterstützung und Stärkung demokratischer Institutionen in den an der Konferenz beteiligten Staaten,
- 3.) die Verbesserung des Dialogs zwischen Regierungen, Parlamenten und der zivilen Gesellschaft,
- 4.) die Stärkung der gemeinsamen Identität der Ostseeregion durch enge Zusammenarbeit zwischen den nationalen und regionalen Parlamenten auf der Grundlage der Gleichheit,
- 5.) die Initiierung und Begleitung politischer Maßnahmen in der Ostseeregion, wodurch diese Maßnahmen eine stärkere demokratische Legitimation und eine parlamentarische Billigung erfahren.

Teil 1

Teilnehmer/Mitglieder

1. Die Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) setzt sich aus Mitgliedern der nationalen und regionalen Parlamente der 11 Ostseeanrainerstaaten, die dem Ostseerat angehören, sowie aus der Baltischen Versammlung, dem Europäischen Parlament, der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und dem Nordischen Rat zusammen. Parlamentarische Delegationen bestehen je nach der Größe eines Landes bzw. autonomen Gebiets aus je 2-5 Personen. Die Größe einer Delegation und die Zahl zusätzlicher Teilnehmer werden in Absprache mit dem Parlament des jeweiligen Gastlandes durch den Ständigen Ausschuss festgelegt.
2. Organisationen, die gemäß den beiden als Anhang beigefügten Übersichten den Status eines Ständigen Teilnehmers oder eines Beobachters genießen, sind einzuladen.

Die jährlich stattfindende Parlamentarierkonferenz

1. Die BSPC veranstaltet einmal jährlich eine Konferenz.
2. Die Tagungsorte wechseln nach dem Rotationsprinzip; sowohl nationale als auch regionale Parlamente können sich um die Ausrichtung der Konferenz bewerben.
3. Die Einladung zur Konferenz wird vom Parlament des jeweiligen Gastlandes bzw. der jeweiligen Gastregion ausgesprochen. Die praktische Organisation der Konferenz vor Ort, die Erstellung der notwendigen Dokumentation, die Sicherstellung der Presseberichterstattung sowie die Veröffentlichung eines Konferenzberichts obliegen jeweils dem gastgebenden Parlament.
4. Alle im Zusammenhang mit der praktischen Durchführung der Konferenz entstehenden Kosten trägt das gastgebende Parlament. Die Kosten für die Teilnahme an der Konferenz, wie z.B. Reisekosten, Kosten für die Unterbringung und sonstige unmittelbar teilnahmebezogene Kosten, tragen die Teilnehmer selbst.
5. Das Tagungsprogramm und die Tagesordnung der Konferenz legt der Ständige Ausschuss in Absprache mit dem gastgebenden Parlament fest.
6. Das gastgebende Parlament führt den Vorsitz auf der Konferenz. Die Debatten während der Konferenz können auf Ersuchen des Vorsitzenden der Konferenz von Mitgliedern des Ständigen Ausschusses geleitet werden.
7. Die Arbeitssprache der Konferenz ist Englisch. Das gastgebende Parlament sorgt für eine Simultanübersetzung ins Russische, Skandinavische, Deutsche und nach Möglichkeit auch in andere Sprachen.
8. Nach Berichten und einleitenden Statements findet eine Generaldebatte statt. Während dieser Aussprache genießen die parlamentarischen Vertreter Vorrang.

9. Beschlüsse im Plenum erfolgen durch Konsens zwischen den parlamentarischen Delegationen.
10. Der Entwurf der Konferenzresolution wird durch den Erweiterten Ständigen Ausschuss vorgelegt. Während der Erörterung der Resolution entscheidet der Erweiterte Ständige Ausschuss durch einfache Mehrheit. Abweichende Meinungen können während der Plenarsitzung erläutert werden.
11. Das Ergebnis der Beratungen wird in einer von der Konferenz verabschiedeten Resolution dokumentiert. Die Konferenz richtet die in der Konferenzresolution enthaltenen Vorschläge und Empfehlungen an den Ostseerat, Regierungen und Parlamente auf nationaler und regionaler Ebene sowie ggf. an supranationale Gremien und internationale Organisationen.
12. Im Rahmen der Konferenzresolution werden auf Einladung eines der teilnehmenden Parlamente Ort und Datum der nächsten Konferenz festgelegt.

Teil 2

Ständiger Ausschuss und Erweiterter Ständiger Ausschuss

1.1. Zusammensetzung (Ständiger Ausschuss)

Durch die Baltische Versammlung vertretene Parlamentarier aus den baltischen Ländern und durch den Nordischen Rat vertretene Parlamentarier aus den nordischen Ländern, sowie Parlamentarier aus Polen, Deutschland und Russland bilden den Ständigen Ausschuss als ständiges politisches Gremium der Konferenz.

Die einzelnen Länder bzw. Ländergruppen werden jeweils durch ein oder zwei Mitglieder im Ständigen Ausschuss vertreten. Deutschland, die durch den Nordischen Rat vertretenen nordischen Länder und Russland haben je zwei Mitglieder, während die durch die Baltische Versammlung vertretenen baltischen Länder, das Europäische Parlament und Polen jeweils mit einem Mitglied im Ständigen Ausschuss vertreten sind. Die Vertreter der einzelnen Ländergruppen, Länder und Organisationen werden jeweils nach den eigenen Vorschriften ernannt.

1.2. Zusammensetzung (Erweiterter Ständiger Ausschuss)

Der Erweiterte Ständige Ausschuss setzt sich aus den Mitgliedern des Ständigen Ausschusses und je einem Vertreter der anderen teilnehmenden Parlamente zusammen.

Das Parlament, das im jeweils folgenden Jahr als Gastgeber für die Konferenz auftritt, ist ebenfalls im Ständigen Ausschuss vertreten.

2. Aufgaben

2.1. Der Ständige Ausschuss

ist verantwortlich für

- die Organisation der jährlich stattfindenden Konferenz in Zusammenarbeit mit dem jeweils gastgebenden Parlament,
- die Verfolgung der Umsetzung der auf den vorhergehenden Konferenzen verabschiedeten Schlussresolutionen,
- die Ausarbeitung eines jährlichen Arbeitsprogramms für die Ostseeparlamentarierkonferenz,
- die Sicherstellung einer effektiven Arbeitsweise der Ostseeparlamentarierkonferenz zwischen den Konferenzen,
- die Vorlage eines jährlichen Berichts über die Aktivitäten der Ostseeparlamentarierkonferenz und das jährliche Arbeitsprogramm.

kann sich mit jeder Frage befassen, die für die Ostseeregion von besonderem Interesse und von besonderer Bedeutung ist und kann dazu gegebenenfalls seine Meinung äußern. Entsprechende Stellungnahmen des Ständigen Ausschusses sind der Konferenz vorzutragen.

2.2. Der Erweiterte Ständige Ausschuss

Der Ständige Ausschuss tritt zweimal pro Jahr in einem größeren Kreis als Erweiterter Ständiger Ausschuss zusammen.

Der Erweiterte Ständige Ausschuss ist ein beratendes Gremium, das

- die Schlussresolution während der Konferenz ausarbeitet,
- sich zwischen Dezember und Februar eines jeden Jahres mit dem Vorsitz des Ostseerats trifft. Dabei wird dem Erweiterten Ständigen Ausschuss vom Vorsitz des Ostseerats ein Bericht über die Umsetzung der Resolutionen und andere aktuelle Fragen in der Region vorgelegt. Der Erweiterte Ständige Ausschuss befasst sich auch mit den Vorbereitungen für die jeweils bevorstehende Konferenz.

Der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses fungiert als Vorsitzender des Erweiterten Ausschusses.

3. Der Ständige Ausschuss wählt einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden jeweils für einen Zeitraum, der mit dem Schluss der Jahreskonferenz beginnt und mit dem Schluss der Konferenz im folgenden Jahr endet.
4. Die Arbeitssprache des Ständigen Ausschusses ist Englisch.
5. Der Ständige Ausschuss wird durch die Arbeitsebene unterstützt.
6. Bei Bedarf wird der Ständige Ausschuss mit der Ernennung von Berichterstattern und der Einrichtung von Ad-hoc-Arbeitsgruppen betraut, die aus eigenen Mitgliedern sowie externen Experten und Vertretern der Arbeitsebene bestehen.
7. Sitzungen des Ständigen Ausschusses werden von dessen Vorsitzenden einberufen.
8. Beschlüsse werden im Ständigen Ausschuss durch Konsens gefasst.

ANHANG 1

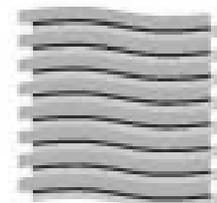
Eingeladene Parlamente und parlamentarische Organisationen

Baltische Versammlung	4-5 Vertreter
Bundesversammlung der Russischen Föderation	4-5 Vertreter
Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg	4-5 Vertreter
Bürgerschaft der Hansestadt Bremen	4-5 Vertreter
Deutscher Bundestag	4-5 Vertreter
Europäisches Parlament	4-5 Vertreter
Landtag Mecklenburg-Vorpommern	4-5 Vertreter
Landtag Schleswig-Holstein	4-5 Vertreter
Nordischer Rat	4-5 Vertreter
Parlament der Färöer-Inseln	2-3 Vertreter
Parlament der Region Kaliningrad	4-5 Vertreter
Parlament der Region Leningrad	4-5 Vertreter
Parlament der Republik Karelien	4-5 Vertreter
Parlament der Stadt St. Petersburg	4-5 Vertreter
Parlament von Åland	2-3 Vertreter
Parlament von Dänemark	4-5 Vertreter
Parlament von Estland	4-5 Vertreter
Parlament von Finnland	4-5 Vertreter
Parlament von Grönland	2-3 Vertreter
Parlament von Island	4-5 Vertreter
Parlament von Lettland	4-5 Vertreter
Parlament von Litauen	4-5 Vertreter
Parlament von Norwegen	4-5 Vertreter
Parlament von Polen	4-5 Vertreter
Parlament von Schweden	4-5 Vertreter
Parlamentarische Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa	4-5 Vertreter
Parlamentarische Versammlung des Europarats	4-5 Vertreter

ANHANG 2

Eingeladene Beobachter

1. Adriatisch-Ionische Initiative (AII)
2. Baltic 21
3. Baltischer Ministerrat
4. Baltisches Entwicklungsforum
5. BASTUN (Ostseegewerkschaftsnetz)
6. CIFE (Internationales Zentrum für Europäische Studien)
7. COSAC (Konferenz der Europaausschüsse)
8. Europäische Kommission
9. FUEV (Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen)
10. GUS-IPV Gemeinschaft Unabhängiger Staaten – Interparlamentarische Versammlung
11. Helsinki-Kommission (HELCOM)
12. IPU
13. Konferenz der Subregionen des Ostseeraums (BSSSC)
14. NEKON (Northern European Knowledge Network of Excellence)
15. NGO-Forum
16. Nordischer Ministerrat
17. Ostseeforum
18. Ostsee-Jugendforum
19. Ostseekommission/KPKR
20. Ostseerat (CBSS)
21. Ostsee-Universitätsnetz
22. PABSEC (Parlamentarische Versammlung der Schwarzmeerwirtschaftskooperation)
23. Parlamentarischer Verband von Nordwest-Russland
24. Ständiger Ausschuss der Parlamentarier der Arktischen Region
25. State Legislative Leaders Foundation
26. Union of the Baltic Cities (UBC)
27. Universitätsnetz der Ostseeregion
28. Verband der baltischen Handelskammern
29. WoMen and Democracy – die Frauenkonferenz der Ostseeregion



Conference Resolution

Adopted by the 14th Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC)

The participants, elected representatives from the Baltic Sea States* and the European Parliament, assembled in Vilnius, Lithuania 29 - 30 August 2005, to discuss democracy, stability, forms of enhanced co-operation and infrastructure in the Baltic Sea Region

Convinced that

parliamentary co-operation in the Baltic Sea Region constitutes an active contribution to the development of the region and its neighbourhood by ensuring democratic transparency, initiating and guiding political activities, supporting and strengthening democratic institutions in the participating states and improving the dialogue between parliaments, governments and civil society

Noting

the earlier resolutions of the BSPC, especially aiming at an enhanced co-operation in the Baltic Sea Region with regard to the Council of Baltic Sea States (CBSS) and other governmental as well as non-governmental organisations

the Northern Dimension and the EU's European Neighbourhood Policy as frameworks for co-operation and development

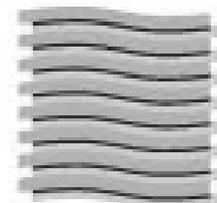
the European Neighbourhood Policy as an appropriate instrument to pursue the positive experiences of the Northern Dimension

Taking into account

eutrophication as a serious threat to the environment, fisheries, bio-diversity and outdoor recreation of the Baltic Sea which is of great importance for all countries bordering the sea

that the high priority given to infrastructure in the transport sector in the Northern Dimension Action Plan 2004-2006 shall be maintained in the future development of the Baltic Sea Region and in the Northern Dimension

the need to develop further an integrated maritime policy for the Baltic Sea Region and to participate actively in the ongoing process of making an integrated and all-embracing maritime policy on a European level



Call on governments in the Baltic Sea region and the CBSS as well as the EU to

give high priority to the co-operation in the region and the neighbouring countries

build on mutual commitment to common values within the fields of the rule of law, good governance, the respect for human rights and the promotion of good neighbourly relations

support the development of democracy and a civil society by strengthening the role of NGOs

enhance the dialogue in the Baltic Sea Region with neighbouring countries in strengthening democracy, stability, security, civil society, principles of sustainable development and well-being for all concerned

maintain and strengthen the mechanisms defined and used by the Commission on the Baltic Sea Area marine environment protection (HELCOM) for the conservation of the vulnerable marine environment of the region

Call on governments in the Baltic Sea Region, the CBSS, HELCOM and the EU to

support further development of common regional infrastructure, especially transport and energy networks

continue to develop the Northern Dimension in order to promote security and stability in the region

use the Northern Dimension framework, extending to the Arctic region and North-West Russia, to address the special regional development challenges, such as transport, energy, border crossing facilities and environmental issues

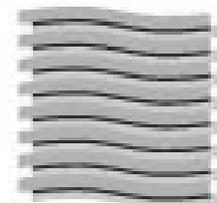
make use of the ENP (European Neighbourhood Policy) and EU's financial instruments, such as the European Neighbourhood and Partnership Instrument (ENPI), and support their objectives of sharing the benefits of the EU enlargement with neighbouring countries thus strengthening stability and democracy in the region

participate in the development of an integrated maritime policy and in the implementation of the European Maritime Strategy, the aim of which is to protect and preserve the maritime environment by efficiently using, i.a., the Water Framework Directive

work towards the harmonised implementation of the European Marine Strategy in the whole catchment area of the Baltic Sea by making use of the established regional cooperation within HELCOM

work for the concept of sustainable maritime based logistics chains in Europe

not to slacken in their efforts to protect the marine environment of the Baltic Sea and to promote associated protective measures at all levels



increase efficient use of resources to respond to pollution incidents at sea by further developing the sub-regional dimension in the HELCOM response planning and by enhancing the cooperation on the issue of places of refuge

further coordinate activities and initiatives of the organizations in the Baltic Sea Region towards achieving common aims of stability and welfare in the region

consider if “state liability” might be introduced in the field of transfrontier pollution, and if the “polluter should pay”- principle could include not only companies and individuals, but also states

vitalize the CBSS Working Group activities on democratic institutions

improve conditions of trans-border cooperation, including further work on improving trans-border communication and easing formalities for cross-border travel

enhance cooperation on countering terrorism in the Baltic Sea region including the improvement of appropriate legislation

Agree to

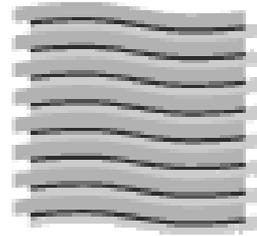
prepare concrete recommendations for action in the field of the “Development of Transport Infrastructure in the Baltic Sea Region”

adopt the amended rules of the BSPC attached as annex to this resolution

Furthermore

the Conference welcomes and accepts with gratitude the kind invitation of the Icelandic Parliament Althingi to hold the 15th Baltic Sea Parliamentary Conference on 3 – 5 September 2006 in Reykjavik

* Baltic Assembly, Denmark, Estonia, European Parliament, Finland, Free and Hanse City of Bremen, Free and Hanse City of Hamburg, Germany, Kaliningrad, Latvia, Lithuania, Mecklenburg-Vorpommern, Nordic Council, Norway, Poland, Russian Federation, Schleswig-Holstein, St. Petersburg, Sweden, Åland



Baltic Sea Parliamentary Conference (B S P C)

Rules of Procedure for the Parliamentary Conference and the Standing Committee

(approved by the 8th Parliamentary Conference on 8th September 1999
in Mariehamn, amended at the 11th Conference in St. Petersburg
on 1st October 2002, amended by the 14th Parliamentary Conference in Vilnius
on 30th August 2005, valid after the 14th Conference has been closed)

Preamble

Objectives of the Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC)

The parliamentary Conference BSPC shall

- 1) initiate and guide political activities in the region
- 2) support and strengthen democratic institutions in the participating states
- 3) improve dialogue between governments, parliaments and civil society
- 4) strengthen the common identity of the Baltic Sea Region by means of close co-operation between national and regional parliaments on the basis of equality
- 5) initiate and guide political activities in the Baltic Sea Region, endowing them with additional democratic legitimacy and parliamentary authority

Part 1

Participants/Members

1. The Baltic Sea Parliamentary Conference BSPC shall be composed of members of national and regional parliaments from the 11 Baltic Sea States, which are members of the CBSS; and the Baltic Assembly, European Parliament, PACE and Nordic Council.

Parliamentary delegations consist of 2-5 persons according to the size of the country or autonomous area.

The size of delegation and the number of additional participants are decided by the Standing Committee in consultation with the Host Parliament.

2. Organisations granted Permanent Participant status or Observer status according to the annexed lists are to be invited.

The Annual Parliamentary Conference

1. Conferences shall be held annually.

2. The venue follows the principle of rotation; national as well as regional parliaments are entitled to apply for hosting the conference

3. The Host Parliament issues invitations to the conference. It is responsible for practical arrangements, provides the necessary documentation and press coverage and publishes a conference report.

4. The Host Parliament covers all costs for practical arrangements in connection with the conference. All participants cover their own costs for taking part in the conference (travel, accommodation and other direct costs related to participation).

5. The programme and agenda of the conference are decided by the Standing Committee in consultation with the Host Parliament.

6. The conference is chaired by the Host Parliament. The debates during the conference may be led by members of the Standing Committee at the request of the chairman of the conference.

7. The working language of the conference is English. The Host Parliament shall provide interpretation into Russian, Scandinavian, German and, if possible, into other languages as well.

8. After reports and introductory statements, a general discussion will be held. During this discussion priority is given to the parliamentary representatives

9. Decisions in plenary session shall be made by consensus between the parliamentary delegations

10. The draft conference resolution is submitted by an Expanded Standing Committee. When discussing the resolution, the Expanded Standing Committee decides by simple majority. Dissenting views can be explained at the Plenary Session.

11. The result of the deliberations is documented in a conference resolution approved by the conference. The conference addresses the proposals and recommendations included in the conference resolution to the CBSS, to governments and parliaments on the national and regional level as well as to supranational bodies and international organisations as appropriate.

12. In the conference resolution the conference designates a Host Parliament for the next conference at the invitation of one of the participating parliaments and fixes the date.

Part 2

Standing Committee and Expanded Standing Committee

1.1 Composition (Standing Committee)

Parliamentarians of the Baltic Countries represented through the Baltic Assembly, of the Nordic Countries through the Nordic Council, of Poland, Germany and Russia form the Standing Committee as the permanent political body of the conference.

The country groups and countries are represented by one or two member(s) each in the Standing Committee. Germany, the Nordic countries represented through the Nordic Council, and Russia have two members, while the Baltic Countries represented through the Baltic Assembly; European Parliament and Poland have one member each. Each country group, country and organisation appoints its member(s) according to its own rules.

1.2. Composition (Expanded Standing Committee)

The Expanded Standing Committee consists of the members of the Standing Committee and one representative from each of the other participating parliaments.

The Host Parliament of the next annual conference shall be represented in the Standing Committee.

2. Tasks

2.1. The Standing Committee

is responsible for

- arranging the annual conference in co-operation with the Host Parliament
- following up on the implementation of the final resolutions approved by the preceding conferences
- drafting an annual work programme for the BSPPC
- ensuring the effective operation of the BSPPC between the conferences
- submitting an annual report to the Conference on the activities of the BSPPC and on the annual work programme.

may consider any matter of specific interest and relevance for the Baltic Sea Region, and may, if needed, give its opinion on such issues. Statements given by the Standing Committee shall be reported to the conference

2.2. The Expanded Standing Committee

The Standing Committee meets twice a year in an enlarged composition (Expanded Standing Committee).

The Expanded Standing Committee is a consultative body

- preparing the final resolution during the conference
- meeting annually in December – February with the CBSS Chair. The Expanded Standing Committee receives a report from the CBSS chair on implementation of the resolutions and other current questions in the region. It also considers the preparations for the upcoming conference.

The chairman of the Standing Committee acts as chair of the Expanded Committee

3. The Standing Committee elects a chairperson and a vice-chair for a period starting at the closure of the annual conference and continuing until the end of the following conference.
4. The working language of the Standing Committee is English
5. The Standing Committee is supported by the Secretary level
6. As far as needed the Standing Committee is entrusted *to* nominate rapporteurs and to set up ad hoc-working groups based on its members as well as on external experts and the Secretary level.
7. Meetings of the Standing Committee take place at the call of the Chairman.
8. Decisions in the Standing Committee are made by consensus.

ANNEX 1

Invited Parliaments and Parliamentary Organisations

Baltic Assembly	4-5 representatives
European Parliament	4-5 representatives
Federal Assembly of the Russian Federation	4-5 representatives
Nordic Council	4-5 representatives
Parliament of Åland	2-3 representatives
Parliament of Denmark	4-5 representatives
Parliament of Estonia	4-5 representatives
Parliament of Faeroe Islands	2-3 representatives
Parliament of Finland	4-5 representatives
Parliament of the Federal Republic of Germany	4-5 representatives
Parliament of Free and Hanse City of Bremen	4-5 representatives
Parliament of Free and Hanse City of Hamburg	4-5 representatives
Parliament of Greenland	2-3 representatives
Parliament of Iceland	4-5 representatives
Parliament of Kaliningrad Region	4-5 representatives
Parliament of the Karelian Republic	4-5 representatives
Parliament of Latvia	4-5 representatives
Parliament of the Leningrad Region	4-5 representatives
Parliament of Lithuania	4-5 representatives
Parliament of Mecklenburg-Vorpommern	4-5 representatives
Parliament of Norway	4-5 representatives
Parliament of Poland	4-5 representatives
Parliament of the City of St Petersburg	4-5 representatives
Parliament of Schleswig-Holstein	4-5 representatives
Parliament of Sweden	4-5 representatives
Parliamentary Assembly of the Council of Europe	4-5 representatives
Parliamentary Assembly of the Organization for Security and Co-operation in Europe	4-5 representatives

ANNEX 2

Invited Observers

1. Adrian-Ionian Initiative (AII)
2. Standing Committee of Parliamentarians of the Arctic Region
3. Baltic 21
4. Baltic Chamber of Commerce Association
5. Baltic Council of Ministers
6. Baltic Development Forum
7. Baltic Sea Commission/CPMR
8. Baltic Sea Forum
9. Baltic Sea Region University Network
10. Baltic Sea States Sub-Regional Co-operation BSSSC
11. Baltic Sea University Network
12. Baltic Sea Youth Forum
13. CIFE (The International Centre for European Studies)
14. CIS-IPA Commonwealth of Independent States – Inter-Parliamentary Assembly
15. Council of Baltic Sea States CBSS
16. COSAC
17. European Commission
18. FUEN (Federal Union of European nationalities)
19. Helsinki Commission - HELCOM
20. IPU
21. NEKON (Northern European Knowledge Network of Excellence)
22. NGO-Forum
23. Nordic Council of Ministers
24. North-West Parliamentary Association of Russia
25. PABSEC (Parliamentary Assembly of the Black Sea Economic Co-operation)
26. State Legislative Leaders' Foundation
27. Trade Union Network BASTUN
28. Union of the Baltic Cities UBC
29. WoMen and Democracy – the Baltic Sea Region's Women's Conference